

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

Klare Forderungen an den Finanzsenator

Am 22. November 2017 hatte die ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung, vertreten durch Francisca Bier, Jörg Bewersdorf und Eric Lausch zusammen mit der GJAV-Vorsitzenden Mia Munkelt für die ver.di Jugend und dem hauptamtlichen ver.di-Sekretär Andreas Stoll wieder einmal die Gelegenheit, mit dem Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, der Abteilungsleiterin III, Frau Goetsch, und der Referatsleiterin III K, Frau Schröder, die aktuellen Probleme der Berliner Steuerverwaltung zu erörtern.



Rita Schröder, Jörg Bewersdorf, Ute Goetsch, Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Mia Munkelt, Andreas Stoll, Eric Lausch

Unvermeidbar war die Wiederholung der ver.di-Forderung nach einer vollständigen Umsetzung der Personalbedarfsberechnung (PersBB). Immerhin werden den Finanzämtern durch die Entbehnungsquote von 10 % insgesamt 687,5 Stellen vorenthalten, die für eine gleichmäßige und gerechte Steuerfestsetzung aus ver.di-Sicht dringend erforderlich wären. Hier ließ der Senator aber wieder einmal nicht mit sich reden. Wir haben in diesem Zusammenhang unter anderem auch deutlich gemacht, dass die PersBB-Ansätze für die Bewältigung der Ausbildungsaufgaben und den wachsenden Fortbildungsbedarf gerade im IT-Bereich deutlich angehoben werden müssten.

Aufgrund der kontinuierlich hohen Einstellungszahlen der letzten und der kommenden Jahre werden immer mehr Beschäftigte in den Finanzämtern aufgrund von Mutterschutz und Erziehungsurlaub vorübergehend nicht zur Verfügung stehen. Das verantwortliche Ressort der Senatsverwaltung für Finanzen hat es bisher abgelehnt, diesen Bedarf in der PersBB abzubilden. Hinzu kommt, dass im Laufe des Jahres der Unterbestand der tatsächlich besetzten Stellen kontinuierlich steigt und zum 30.06.2017 bereits 242,4 Stellen erreicht hatte. Als Reaktion auf diese immensen Ausfälle haben wir den Senator aufgefordert, für eine ausreichende Personalreserve zu sorgen, um diese Ausfallzeiten zu kompensieren. Außerdem haben wir ihn aufgefordert, endlich für langfristig nach KW abgeordnete Dozentinnen und Dozenten zusätzliche Stellen zu schaffen und diese den abordnenden Finanzämtern zur Verfügung zu stellen. Hier signalisierte der Senator Handlungsbereitschaft.

Das weitere Gespräch drehte sich dann um die Einstellungen und die Ausbildung. Mia Munkelt machte noch einmal den Bedarf der Übernahme der Wohnkosten in KW für die Berliner Anwärterinnen und Anwärter deutlich und verwies dazu auf das Ergebnis einer kürzlich in KW von ver.di durchgeführten Befragung der Anwärterinnen und Anwärter, wonach eine Vielzahl nur deshalb in KW kein Zimmer beansprucht, weil das finanziell nicht zu stemmen sei. Mia erläuterte außerdem die hohe finanzielle Belastung durch die Fahrtkosten und bat den Senator, sich hier für verbilligte Monatskarten für die Anwärterinnen und Anwärter einzusetzen. Der Senator zeigt Verständnis und sagte zu, hier etwas bewegen zu wollen. Gleiches gilt für die von uns geforderte Verbesserung der Ausbildungsbedingungen von Anwärterinnen, die bereits ein Kind haben. Hier sollten Möglichkeiten einer Kinderbetreuung in KW geschaffen werden.

Einig mit dem Senator waren wir uns, dass an die Schulleitung die Anforderung zu stellen ist, für eine angemessen hohe Bestehensquote zu sorgen. *„Durchfallquoten sind nicht gottgegeben. Wer sich mit einer hohen Durchfallquote brüstet, hat etwas nicht verstanden“*, so Dr. Kollatz-Ahnen wörtlich.

Auf unsere Forderung nach einem vermehrten Quereinstieg in die Steuerverwaltung für alle Bereiche, in denen eine steuerliche Ausbildung keine unbedingte Voraussetzung ist, reagierte der Senator mit einem schlichten „Da haben Sie recht.“ Auch hier soll sich in Zukunft etwas bewegen.

Auf Wunsch des Senators wurde dem Ausbildungsreferat inzwischen eine Zusammenstellung der von uns angesprochenen, vielfältigen organisatorischen Schwierigkeiten in KW übermittelt, um hier direkt auf die Schulleitung einwirken zu können.

Natürlich kann ein solches Gespräch nicht enden, ohne auf die Besoldungssituation in Berlin einzugehen. Wir haben unsere Forderung nach einer schnelleren Angleichung der Besoldung an die übrigen Bundesländer wiederholt und auch den aus bisheriger Sicht des Senators „traditionellen“ Termin der Besoldungserhöhung scharf kritisiert. Hier hat sich bereits etwas bewegt, denn der Senat hat dem Abgeordnetenhaus einen Haushalt vorgelegt, wonach die Besoldung in 2018 zum 1.6. und in 2019 zum 1.4. erhöht werden soll. Das entspricht zwar nicht unserer Auffassung, Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, es wäre aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir haben in diesem Zusammenhang aber auch die Kostendämpfungspauschale in Gespräch gebracht und die Abschaffung dieses Reliktes aus Zeiten des Sparzwangs gefordert. Auch hier signalisierte der Senator Handlungsbereitschaft.